



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 23.01.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
am Dienstag, 28. Januar 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 24-F-63-0014
Gewalt in der Geburtshilfe
2. Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2024

3. 25-F-22-0008

Digitale Gewalt gegen Frauen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 22.01.2025 -

Digitale Gewalt, darunter Cybermobbing, Online-Stalking, Identitätsdiebstahl, aber auch die Verbreitung privater Inhalte ohne Zustimmung, betrifft zunehmend Frauen und stellt eine wachsende Bedrohung dar. Diese Form der Gewalt kann für die Betroffenen schwerwiegende psychische und soziale Folgen haben. Zuletzt im November 2021 (21-F-67-0021) hat der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit beschlossen, dass diesbezüglich ein Konzept erarbeitet werden soll.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob das Konzept zur Bekämpfung von digitaler Gewalt mittlerweile vorliegt. Wenn ja, soll das Konzept dem Ausschuss präsentiert werden.
2. ob es aktuelle Zahlen zur Verbreitung von digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Wiesbaden gibt. Welche Beratungs- und Unterstützungsangebote bestehen aktuell in Wiesbaden für Betroffene?
3. inwieweit die Landeshauptstadt Wiesbaden mittlerweile mit Polizei, Schulen, Beratungsstellen oder anderen Institutionen zusammenarbeitet, um digitale Gewalt zu bekämpfen.
4. welche Maßnahmen seit 2021 ergriffen wurden, um Aufklärungsarbeit in Bezug auf digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu leisten.
5. welche Maßnahmen Wiesbaden plant, um auf neue Formen digitaler Gewalt, beispielsweise KI-generierte Inhalte, aufzuklären und zu reagieren.

4. 25-F-63-0005

Teilnahme an „Luisa ist hier!“ ausbauen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.01.2025 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat im Mai 2024 die Kampagne „Luisa ist hier“ mit Beteiligung der Frauenbeauftragten und Wildwasser Wiesbaden e.V. gestartet.

Die Kampagne ist wichtig, weil immer noch Frauen* und Mädchen* besonderen Übergriffen, auch im öffentlichen Raum, ausgesetzt sind. In der entsprechenden Situation ist ein niedrigschwelliges und unauffälliges Hilfsangebot oft sehr wichtig. Fühlt sich eine Frau* oder ein Mädchen* auf einem Fest, im öffentlichen Raum oder beim Barbesuch bedrängt oder wird übergriffig behandelt, kann sie sich mit den Worten „Luisa ist hier!“ an die Mitarbeitenden wenden, die sie aus der Situation holen können. Sei es mit dem Rufen eines Taxis oder dem Ausschluss der übergriffigen Person von der Location oder weiteren Maßnahmen, welche geschult und etabliert sind. Im Haushalt für 2025 hat die Stadtverordnetenversammlung einen Zuschuss von 25.000€ für das Projekt beschlossen.

Dass sich übergriffiges, grenzüberschreitendes oder gar gewaltbereites Verhalten vor allem nach Alkoholkonsum intensiviert, belegen Studien mittlerweile mehrfach.

Im Innenstadtbereich nehmen bereits einige wenige Kioske und Bars an der Kampagne teil, was den abendlichen Besuch in deren Umfeld für alle angenehmer und sicherer gestaltet. Bereits im Jahr 2022 wurde auf dem Festival Lore das Angebot „Luisa ist hier!“ in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen der Frauenbeauftragten und Wildwasser Wiesbaden e.V. implementiert. Seit 2024 beteiligen sich auch die Stände auf dem Theatrium an der Kampagne. Hier wurde bereits

von positiven Erfahrungen und der guten Zusammenarbeit berichtet. Das Motto soll sein, dass sich jede*r auf dem Theatrium wohl und sicher fühlen soll. Daher sollten sich Beschicker*innen auf sämtlichen Festen an der Kampagne beteiligen, auch auf dem Sternschnuppenmarkt. In Wiesbaden soll sich jede Person auf jedem Fest sicher fühlen können!

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten, wie das Angebot bisher in der Stadt und auf den bisher beteiligten Festen wahrgenommen wurde.
2. zu prüfen, wie die Ausweitung, auch auf weitere Feste, wie z.B. dem Sternschnuppenmarkt gelingen kann.
3. zu prüfen, ob es möglich ist, die Beschicker*innen im Zuge der Auftragsbestätigung für das jeweilige Fest für eine Fortbildung zu "Luisa ist hier" zu gewinnen, mindestens jedoch in geeigneter Form auf diese Kampagne und die Fortbildungsangebote hinzuweisen.

5. 25-F-22-0009

Wohnungslose Frauen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 22.01.2025 -

Die Wintermonate bedeuten für wohnungslose Menschen eine akute Gefahr für Gesundheit und Leben. Insbesondere wohnungslose Frauen sind in dieser Situation häufig einer doppelten Belastung ausgesetzt: Neben der extremen Belastung durch Wetterverhältnisse sind sie zusätzlich von Gewalt und Übergriffen bedroht. Die derzeitigen Wetterverhältnisse mit sinkenden Temperaturen verschärfen die Lage noch weiter.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. über die aktuelle Situation wohnungsloser Frauen zu berichten.
 - a. Wie viele wohnungslose Frauen leben derzeit in Wiesbaden?
 - b. Wie viele davon nehmen keine Unterbringung in Notunterkünften in Anspruch?
 - c. Warum wurde Biwak in der Teestube als Notübernachtungsstelle geschlossen, und welche Alternativen wurden für wohnungslose Frauen geschaffen?
 - d. Welche Maßnahmen gibt es, um Wohnungslosigkeit bei Frauen frühzeitig zu verhindern (z. B. Unterstützung und entsprechende Beratungen)?
 - e. Sind dem Magistrat Fälle von Gewalt oder Übergriffen gegen wohnungslose Frauen in Wiesbaden bekannt? Werden wohnungslose Frauen über ihre Rechte und Möglichkeiten zur Anzeige solcher Vorfälle informiert?
2. über die Kapazitäten der bestehenden Notunterkünfte speziell für Frauen und deren Auslastung zu berichten.
 - a. Welche zusätzlichen Kapazitäten stehen kurzfristig zur Verfügung, um auf eine mögliche Zunahme der Zahlen zu reagieren?
 - b. Sind spezielle Unterkünfte für schwangere wohnungslose Frauen vorhanden?
3. über das neue Projekt in der Bleichstraße welches Anfang 2025 fertiggestellt sein sollte, zu berichten.
 - a. Aus welchen Gründen verzögert sich das Projekt?
 - b. Wann ist mit dem Beginn des Projekts zu rechnen?

6. 25-F-15-0001

Sicherheitskonzept für Silvester

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 21.01.2025 -

Im Vorfeld der Silvesterfeierlichkeiten in Wiesbaden gab es am 27.12.2024 eine Pressemeldung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Im Nachgang gab es weitere Presseberichte dazu (u. a. Wohnungsbrand in Wiesbaden).

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die erlassene Allgemeinverfügung im Bereich des Bowling Greens, des Kurhauses, Am Kaiser-Friedrich-Platz und im Bereich der Wilhelmstraße zwischen Kureck und Burgstraße eingehalten wurde,
2. ob und ggf. welche Auffälligkeiten es im Rahmen der angekündigten Kontrollen gab (wenn ja, welche),
3. ob es in Wiesbaden Unfälle in Zusammenhang mit dem Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen gab,
4. ob es im Stadtgebiet Verstöße gegen § 23 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz gab (wenn ja, wo und wie viele),
5. ob es Angriffe gegenüber Sicherheitskräften gab? (wenn ja, wo und wie viele) und
6. wie der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden zu dem öffentlich diskutierten Böllerverbot für Wiesbaden bzw. in Teilen von Wiesbaden steht?

7. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 24-V-02-0015

DL 01/25-2

Tätigkeitsbericht des Kommunalen Frauenreferates 2022 und 2023

2. 24-F-63-0080

Frauen mit Fluchterfahrung

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.10.2024 -

Hinweis: Der Bericht von Dezernat VI vom 13.12.2024 steht im PiWI zur Verfügung.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné

Vorsitzende